



DIE LINKE – (k)eine normale Partei?

Zu den extremistischen und populistisch-antiliberalen Zügen der Linkspartei

Norman Siewert

- › Die Partei DIE LINKE weist rechtliche, politische und personelle Kontinuitäten zur SED auf. Sie stellt sich zudem ausdrücklich in eine historische Traditionslinie mit der KPD.
- › Weite Teile der Linkspartei sympathisieren und solidarisieren sich mit sozialistischen bzw. links gerichteten autoritären Regimen wie in Kuba und Venezuela.
- › Nicht nur beherbergt DIE LINKE offen extremistische Zusammenschlüsse, darüber hinaus bestehen Verbindungen zu linksextremistischen Akteuren wie der „Rote Hilfe e. V.“. Die Partei bildet ein Brückenscharnier zwischen der demokratischen und extremen Linken.
- › DIE LINKE (ehemals PDS) setzte von Anfang an auf populistische Polarisierungsstrategien und die Verächtlichmachung des vom Kapitalismus „beherrschten Systems“. Sie schürt gezielt Misstrauen in demokratische Prozesse und Institutionen.
- › Es gibt schwerwiegende Gründe, die gegen eine Kooperation der CDU mit der LINKEN sprechen.

Inhaltsverzeichnis

Hintergrund.....	2
Das Erbe der Vergangenheit: „SED-Nachfolgepartei“.....	2
„Wege zum Kommunismus“.....	3
Internationale Solidarität mit illiberalen Diktaturen und Autokratien.....	3
DIE LINKE als parlamentarischer Arm der extremen Linken?.....	4
Protestpartei und die Verächtlichmachung demokratischer Institutionen.....	5
Fazit	6
Impressum	8

Hintergrund

Zuletzt richtete sich scharfe Kritik gegen den Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU, der eine „Koalition und ähnliche Formen der Zusammenarbeit sowohl mit der Linkspartei als auch mit der Alternative für Deutschland“ verbietet.¹ Unzulässigerweise würde die CDU damit DIE LINKE und die AfD gleichsetzen, so lautet der Vorwurf. Der Vizekanzler Olaf Scholz etwa stellte in diesem Zusammenhang fest, DIE LINKE habe sich „in die Demokratie hineinbewegt“, „die AfD hingegen entfernt sich von dem demokratischen Konsens unserer Republik“.² Auch innerhalb der Union wird der Ruf nach einem unbefangeneren Umgang mit der ehemals herrschenden Partei der DDR-Diktatur lauter. Nicht zum ersten Mal wurde zudem die als „Hufeisentheorie“ verspottete vergleichende Extremismustheorie harsch attackiert. Doch verbietet sich wirklich der Vergleich zwischen der Linkspartei und der AfD? Lässt sich die DIE LINKE ohne Weiteres zu den „normalen“ demokratischen Parteien hinzuzählen?

Der Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU in der Kritik

Das Erbe der Vergangenheit: „SED-Nachfolgepartei“

„Die Linkspartei ist rechtlich noch die alte SED“; aus diesem Grund lehnt Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble – stellvertretend für viele andere – eine Zusammenarbeit zwischen CDU und dieser klar ab.³ Spürbar ist diese historische Verbindung noch immer in der Mitgliederstruktur der Partei. Selbst 30 Jahre nach der Wiedervereinigung weisen mindestens 13 Prozent der ca. 62.000 LINKEN-Mitglieder einen SED-/FDJ-Hintergrund auf – darunter zahlreiche Mandatsträger und Spitzenfunktionäre wie Dietmar Bartsch, Petra Pau, Gesine Lötzsich und Gregor Gysi.⁴ Mit Hans Modrow stand der LINKEN lange Zeit sogar der letzte – wegen Wahlfälschung vorbestrafte – SED-Ministerpräsident als Ehrenvorsitzender vor. Immer wieder relativierte Modrow die Verbrechen der DDR. So trügen ihm zufolge „beide Seiten“ Verantwortung für die Toten des DDR-Grenzregimes und Unrecht hätte es schließlich in „beiden Staaten“ gegeben.⁵ Parteiintern zwar nicht unumstritten und zunehmend marginalisiert, ist er seit 2007 immerhin Vorsitzender des Ältestenrates der Partei.

„[...] rechtlich noch die alte SED“

Ehrenvorsitzender Hans Modrow

Neben den Funktionsträgern mit SED-Vergangenheit geriet DIE LINKE aber vor allem wegen der ehemaligen inoffiziellen Mitarbeiter (IM) des MfS in ihren Reihen wiederholt in die Schlagzeilen – ein Skandal vor allem dann, wenn Beziehungen zum MfS vor einer Kandidatur nicht offengelegt wurden. Für sich genommen waren IM-Tätigkeiten hingegen nie ein ernsthaftes Karrierehindernis in der Partei. Auch etwa in der thüringischen Landtagsfraktion sind frühere Zuträger des MfS, wie der Parlamentarische Geschäftsführer André Blechschmidt, vertreten. Der innenpolitische Sprecher, Ralf Kalich, war außerdem Offizier bei den DDR-Grenztruppen.⁶ Die populäre Fokussierung auf die Stasi-Vergangenheiten sollte übrigens nicht verdecken, dass das MfS ein Unterdrückungsinstrument der SED war.

Stasi-Belastung nicht per se ein Karrierehindernis in der LINKEN

Der Umgang mit der DDR-Geschichte war entsprechend der Kontinuitätslinien fortwährend von strategischem Kalkül und störrischem Beharren geprägt. Obzwar parteiintern durchaus selbstkritische Töne und Anstrengungen zur Vergangenheitsaufarbeitung vorhanden waren, setzte sich stets nur der Minimalkonsens durch. Im entsprechenden Absatz des Grundsatprogramms z. B. werden positive und negative Seiten der DDR gleichgewichtig gegenübergestellt.⁷ Der diktatorisch-repressive Charakter des Polizei- und Überwachungsstaates wird lediglich in einem Satz abgehandelt.

Nur Minimalkonsens
zur DDR-Vergangenheit
möglich

Mit ähnlich geschichtsrevisionistischen Untertönen blickt DIE LINKE überdies auf die KPD zurück. Ausdrücklich knüpft sie an die Traditionslinien der kommunistischen Bewegung an. Jedoch blendet sie deren antiliberalen Grundcharakter sowie das systemoppositionelle Wirken gegen die Weimarer Republik weitgehend aus. Dies gilt auch für die zentralen Idole der Linkspartei: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Keineswegs kämpften diese für eine sozialere Demokratie, sondern für einen autoritären Sozialismus.

Positiver Bezug
zur KPD

„Wege zum Kommunismus“

„Die Wege zum Kommunismus können wir nur finden, wenn wir uns auf den Weg machen und sie ausprobieren“, schrieb die damalige LINKEN-Vorsitzende Gesine Löttsch 2011 und sorgte damit für erhebliche Irritationen.⁸ Mit keinem Wort erwähnte sie dabei den Terror marxistisch-leninistischer Regime. Der Beitrag war gedacht für eine Diskussionsveranstaltung mit dem Titel „Wo bitte geht’s zum Kommunismus?“ – zusammen mit der Vorsitzenden der linksextremistischen DKP und der zu 13 Jahren Haft verurteilten, ehemaligen RAF-Terroristin Inge Viett. Moderiert wurde die Diskussion, die letztlich ohne Löttsch stattfand, zudem von der damaligen innenpolitischen Sprecherin der LINKEN-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke.

Gesine Löttsch und
der Kommunismus-
Skandal

Obwohl Löttschs positiver Kommunismus-Bezug innerhalb der LINKEN durchaus auch Kritik hervorrief, stand der Skandal für die zuweilen affirmative Einstellung der Partei zum Kommunismus. In der Erklärung der Historischen Kommission der Linkspartei zum 100. Jahrestag der Russischen Oktoberrevolution von 2017 wurde etwa begrüßt, dass die Sowjetunion „ein Gegengewicht zu den imperialistischen Mächten geschaffen“ habe.⁹ „DIE LINKE. Essen“ verkündete kürzlich den Diktator Lenin via Twitter sogar als Vorkämpfer der Demokratie.¹⁰ Vor allem die „Kommunistische Plattform“ (KPF) ist für ihr bejahendes Kommunismus-Verständnis bekannt. Sie plädiert für die radikale Systemopposition, um die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu überwinden. Mit etwa 1.200 Anhängern ist sie die größte der „offen linksextremistischen Zusammenschlüsse“ innerhalb der LINKEN.¹¹

„Kommunistische
Plattform“ in der
Linken

Internationale Solidarität mit illiberalen Diktaturen und Autokratien

Dazu passt, dass noch immer staatssozialistischen bzw. linken Regimen – ausgenommen Nordkorea – mit großem Wohlwollen begegnet wird. Insbesondere die Einparteiendiktatur in Kuba gilt vielen in der Linkspartei als bewundernswertes antikapitalistisches und anti-imperialistisches Vorbild. Regelrecht institutionalisiert ist die unkritische Kuba-Solidarität in der beim Parteivorstand angesiedelten Arbeitsgemeinschaft „Cuba sí“.¹² Hierüber unterhält DIE LINKE direkte Verbindungen zur dort herrschenden Kommunistischen Partei. Auch im Fall des linksautoritär regierten Venezuelas werden kaum kritische Stimmen laut. Im Gegenteil: Die stellvertretende Bundestagsfraktionsvorsitzende Heike Hänsel etwa forderte 2017, während der dortigen Regierungskrise, „Solidarität mit Venezuela!“ und „Hände weg von Venezuela“. Unterstützt wird die Venezuela-Solidarität ebenfalls von „Cuba sí“ sowie weiteren Bundestagsabgeordneten.

„Cuba sí“ –
Kuba als Vorbild

„Solidarität mit
Venezuela!“

Irritieren muss dagegen die weitverbreitete Affinität zu dem russischen Autokraten Wladimir Putin, denn das heutige Russland kann wohl kaum als „links“ bezeichnet werden. Doch das Narrativ von der aggressiven NATO-Politik erzeugt selbst dann noch verlässlich breite Solidarität innerhalb der LINKEN, wenn russische Truppen die territoriale Integrität eines souveränen Staates in eklatanter Weise verletzen. Während die LINKEN-Fraktionsspitze wiederholt der Ukraine, der EU und der NATO an der Krim-Krise 2014 eine Mitverantwortung zuschrieb, betrieben zahlreiche Bundestagsabgeordnete wie Sevim Dağdelen, Andrej Hunko und Dieter Dehm eine regelrechte Pro-Putin-Kampagne. Nicht nur letztere beiden unterstützten sogar die „Friedensbewegung 2014“ bzw. die „Friedensmahnwachen“ von 2014/15, auf denen anti-amerikanische Verschwörungstheorien mit aggressiver Rhetorik propagiert wurden und an denen auch Rechtsextreme offen teilnahmen.

Ukraine-Krise und die
Schuldzuweisungen
an den „Westen“

Alles in allem folgt die erratische Außenpolitik der LINKEN den tradierten Verbindungen und Vorstellungen ihrer Vorläuferorganisationen in Ost (SED) und West (K-Gruppen usw.). Sie ist gleichsam Ausfluss notorisch anti-amerikanischer Reflexe. Allgemein hin können die illiberalen Feinde der USA mit deutlich größerer Sympathie rechnen als viele ihrer Freunde. Das gilt übrigens z. T. auch für Israel, das immer wieder überaus scharf von einzelnen LINKEN-Politikern angegangen wird. Israel bzw. der Zionismus werden hierbei als imperialistische Kraft im Bunde mit den USA betrachtet – eine Kritik, die gelegentlich auch mit antisemitischen Stereotypen einhergeht. Im Zuge ihrer „Israel-Kritik“ machten sich etwa die Bundestagsabgeordneten Inge Höger, heute Vorsitzende in NRW, und Heike Hänsel mit latent sowie offen antisemitischen Gruppierungen wie z. B. mit der Boykott-Kampagne gegen Israel (BDS) gemein.¹³

DIE LINKE als parlamentarischer Arm der extremen Linken?

Allgemein bestehen wenige Berührungspunkte der Linkspartei zur linksextremistischen Szene. Neben der „Kommunistischen Plattform“ und „Cuba sí“ werden aktuell fünf weitere innerparteiliche Zusammenschlüsse vom Verfassungsschutz beobachtet:¹⁴ darunter die „Antikapitalistische Linke“, die einen „grundsätzlichen Systemwechsel“ fordert, oder das trotzkistische Netzwerk „marx21“, das „die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung“ anstrebt.¹⁵ Tim Fürup, Mitarbeiter des LINKEN-Bundestagsabgeordneten Hubertus Zdebel, beide „marx21“-Mitglieder, machte auf der Kasseler Strategiekonferenz 2020 deutlich, was er von der Parlamentsarbeit hält. Ihm zufolge müsse es der LINKEN vorrangig darum gehen, „Staatsknete“ und Informationen „abzugreifen“ und der „außerparlamentarischen Bewegung“ zuzuspielen.¹⁶ Die Parteiarbeit dieser Gruppierungen zielt darauf ab, die Programmatik radikal nach links zu verschieben. Außerdem bilden sie eine Scharnierfunktion zu extremistischen Milieus. Dass sie trotz ihrer vergleichsweise geringen Größe durchaus Relevanz und Einfluss besitzen, zeigt sich schon daran, dass namhafte Mandatsträger und Fachpolitiker wie Ulla Jelpke, Christine Buchholz und Nicole Gohlke in den Zusammenschlüssen aktiv sind. Mit der hessischen Fraktionsvorsitzenden und stellvertretenden Bundesvorsitzenden Janine Wissler wird eine prominente „marx21“-Anhängerin sogar für den Parteivorsitz gehandelt.

Sieben „offen
extremistische
Zusammenschlüsse“
in der Linken

„Staatsknete“
abgreifen

Darüber hinaus bestehen vielfältige Kontakte zu extremistischen Organisationen außerhalb der Partei. Gerade in Westdeutschland kooperierte DIE LINKE bzw. PDS zeitweise mit der orthodox-kommunistischen DKP. Ein anderes Beispiel ist der ebenfalls vom Verfassungsschutz beobachtete „Rote Hilfe e. V.“, zu dem es weltanschauliche und vereinzelt personelle Verbindungen gibt. Während die LINKEN-Vorsitzende Katja Kipping einige Zeit dort Mitglied war, setzt sich heute Ulla Jelpke mit großem Engagement für den Verein ein, dessen Ziel es ist, linksextreme Täter angesichts von Strafverfolgung zu unterstützen.¹⁷

Verbindungen zur
„Roten Hilfe“

Wenn es um die Mobilisierung im Rahmen themenspezifischer Aktionsbündnisse geht, scheut DIE LINKE kaum die Nähe zu einschlägigen Szene-Strukturen. So kooperierte sie etwa im Rahmen der „Blockupy“-Proteste gegen die Eröffnung der EZB-Zentrale (2015) und der Anti-G20-Demonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“ (2017) mit der „Interventionistischen Linken“ (IL), einem postautonomen Bündnis mit dem Ziel militante und nicht gewaltorientierte Gruppen der extremen Linken stärker zu vernetzen.¹⁸ Zu einem rigorosen Gewaltverzicht ringt sich die IL bis heute nicht durch. Ob gegen Globalisierung, „Gentrifizierung“, „Kriegseinsätze“, Erdogan oder „Faschisten“ – die Linkspartei steht immer wieder an der Seite von Organisationen, die die Polizei im Ganzen abwerten und die liberale Demokratie diffamieren. Selbst zu militanten Autonomen pflegt sie ein zwar ambivalentes, zumeist jedoch sympathisierendes Verhältnis. Auch wenn sich frühere Versuche einer strukturellen Zusammenarbeit (z. B. AG „Autonome Jugend in und bei der PDS“) zerschlagen haben, so bestehen vereinzelt Verbindungen von LINKEN-Politikern in die Szene. Mitunter fungierten diese als Anmelder von Demonstrationen wie z. B. in Berlin am 1. Mai 2009. In Leipzig-Connewitz bildet seit einiger Zeit das „linXXnet“, in dem Abgeordnetenbüros der sächsischen LINKEN u. a. von Juliane Nagel beherbergt sind, einen Vernetzungs- und Projektraum der örtlichen linksradikalen Szene. Hier finden Antifa-Gruppen und die „Rote Hilfe“ Unterstützung und eine Plattform zur Selbstdarstellung.¹⁹

Bündnisse mit links-
extremen Gruppen

Protestpartei und die Verächtlichmachung demokratischer Institutionen

Der PDS bzw. LINKEN gelang die Etablierung im Parteiensystem primär als populistische Protestpartei (im Sinne Jan-Werner Müllers).²⁰ Im „Osten“ bediente sie vor dem Hintergrund der schwierigen ökonomischen Situation sowie der Diskussionen um die DDR-Vergangenheit ein verbreitetes Gefühl der Empörung gegen „die da drüben“ – gegen die westdeutschen Eliten. Dies machte lange Zeit ihr Alleinstellungsmerkmal aus. Auf diese Weise erschwerte sie das mentale Ankommen in der Bundesrepublik und schürte gleichsam das Misstrauen in die „West“-Institutionen, die der ostdeutschen Bevölkerung erstens übergestülpt worden seien und zweitens die eigentliche Schuld an der wirtschaftlichen Misere tragen würden.

Gegen
„die da drüben“

Ergänzt wurde diese nostalgisch-geschichtsrevisionistische Dimension um den sozialpopulistischen Protest gegen „die da oben“. Lange vor der „Agenda 2010“ setzte DIE LINKE auf Antikapitalismus und Fundamentalkritik des Sozialstaats. Die „Herrschaft des Kapitalismus“ wurde von früh an als ausbeuterisch und undemokratisch markiert. Schließlich sei der Kapitalismus schuld an den sozialen, ökologischen und politischen „Krisen der Zivilisation“.²¹ Eine wahrhaft friedliche und freiheitlich-demokratische Ordnung könne es unter den kapitalistischen Rahmenbedingungen demnach nicht geben. Da im Kapitalismus-Begriff der Linkspartei zumeist das westlich-liberale System an sich gemeint ist, verwundert es nicht, dass hier antikapitalistischer Widerstand letztlich auch als „Kampfansage an das Establishment“ (Klaus Ernst 2011) verstanden wird.²² Die Demokratie und ihre Institutionen stehen mithin unter dem Generalverdacht, lediglich den Interessen des Kapitals zu dienen. In Wahrheit vertrete daher DIE LINKE als einzige integrale politische Kraft *die* Interessen *der* Bevölkerung.

Gegen
„die da oben“

Keine echte
Demokratie im
Kapitalismus

Ebenfalls nimmt sie für sich in Anspruch, die einzige „konsequente Friedenspartei“ zu sein. Militäreinsätze im Ausland werden nicht nur strikt abgelehnt, sie werden überdies grundsätzlich als illegitime Kriegseinsätze diffamiert – etwa der „Überfall“ auf Afghanistan.²³ Ohnehin diene ihr zufolge die NATO vorrangig der „imperialistischen“ US-Außenpolitik. Daher sei ihre Auflösung notwendig. Die Bundeswehr soll überdies „abgerüstet“ werden. Zugleich soll einer vermeintlichen „Militarisierung der Gesellschaft“ Einhalt geboten werden, indem die Bundeswehr strikt aus der Öffentlichkeit verbannt wird. Damit steht eine

Feindbild
Bundeswehr

Institution mit Verfassungsrang am Pranger, der faktisch die Legitimität abgesprochen sowie ihre Verankerung in der Gesellschaft gezielt unterminiert wird.

Warnte Bodo Ramelow eindringlich die AfD davor, Verfassungsorgane zu verleumden, sollte sich DIE LINKE gleichfalls die Frage nach ihrem Verhältnis zu den Staatsorganen stellen lassen. Denn neben der Bundeswehr pflegen weite Teile der Partei auch zu den Polizei- und Nachrichtendiensten ein ausgeprägtes Misstrauen und denunzieren sie, etwa im Kontext gewaltsamer Demonstrationsgeschehen, wiederholt als notorische Provokateure und Aggressoren. Diese seien Teil des „Repressionsapparats“ und mitunter ohnehin strukturell von Rechtsextremisten durchsetzt, lauten weitere Vorwürfe. Bei aller notwendigen Kritik in der Sache werden hierdurch vorhandene Probleme überzeichnet und die Arbeit von Nachrichtendiensten und Polizei systematisch verächtlich gemacht.

[Feindbild Polizei und
Nachrichtendienste](#)

Fazit

Unbenommen ist DIE LINKE eine Partei mit vielen Gesichtern und voller Ambivalenzen, die immer wieder auch zu heftigen internen Konflikten führen. Anzuerkennen ist ihr langer Anpassungsweg von der Diktatur-Partei hin zu einer reformorientierten, wenn auch sozialpopulistischen, Partei, die im pluralistischen Parteiensystem der „Berliner Republik“ durchaus ihren Platz gefunden hat. Eine extremistische Partei *an sich* ist sie gewiss nicht. Dafür spricht nicht zuletzt ihre Regierungsbilanz in verschiedenen Bundesländern.

[Positive Funktion der
LINKEN im Parteien-
system](#)

Dennoch ist sie eine Partei, aus deren Reihen offener Umgang mit linksextremistischen Gruppen und linksautoritären Regimen gepflegt und geduldet wird. Sie bildet ein wichtiges Brückenscharnier der extremen Linken hinein in die Gesellschaft. Nicht zuletzt unterminiert DIE LINKE ganz gezielt den antiextremistischen Grundkonsens, in dem sie die Gefahren des Linksextremismus entschlossen leugnet. Die Altersstruktur der Partei wird über kurz oder lang ferner dazu führen, dass die jüngeren und radikaleren Westverbände noch an Einfluss gewinnen werden. Zusätzlich schwächen die Wahlerfolge der AfD das politische Gewicht der weniger radikal auftretenden ostdeutschen Verbände.²⁴

[Extremistische und
populistische Dimen-
sion der Linkspartei](#)

DIE LINKE oszilliert zwischen Anerkennung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einerseits und einem vulgären antiwestlichen Illiberalismus von links andererseits. Nicht nur zeigen sich damit gewisse Berührungspunkte zur AfD. Obendrein beförderte die populistische Polarisierungsstrategie gerade im „Osten“ eine manifeste Demokratie-Skepsis, an welche die AfD beinahe nahtlos anknüpfen konnte.

Alles in allem gibt es also eine Vielzahl programmatischer, staatspolitischer und demokratietheoretischer Gründe, die gegen eine Zusammenarbeit der CDU mit der Linkspartei sprechen.

- 1 Beschlüsse C76, C101, C164 und C179, in: 31. Parteitag der CDU Deutschlands (7. bis 8. Dezember 2018, Hamburg Messe). Sonstige Beschlüsse, S. 19.
- 2 Zit. n. O. V., Linkspartei und AfD können „nicht über einen Kamm“ geschert werden, 11.02.2020, in: Welt Online, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article205757487/Olaf-Scholz-Linkspartei-und-AfD-nicht-ueber-einen-Kamm-scheren.html> [abgerufen am 25.2.2020].
- 3 Vgl. Sven Afhüppe, Jan Hildebrand und Thomas Sigmund, Schäuble fordert wehrhaften Staats gegen Rechtsterror, 22.02.2020, in: Handelsblatt.com, <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/hanau-anschlag-schaeuoble-fordert-wehrhaften-staat-gegen-rechtsterror/25571086.html> [abgerufen am 25.2.2020].
- 4 Vgl. Kevin Hagen, So viel SED steckt noch in der Linken, 15.08.2019, in: Der Spiegel.de, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/rot-rot-gruen-so-viel-sed-steckt-noch-in-den-linken-a-1282072.html> [abgerufen am 25.2.2020].
- 5 Vgl. Dirk von Nayhaus, Interview mit Hans Modrow. „Ich war kein Held“, in: Cicero vom Mai 2006 sowie Kevin Hagen, Die rote Eminenz, 25.08.2018, in: Der Spiegel online, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/hans-modrow-vom-ddr-ministerpraesident-zur-roten-eminenz-a-1224739.html> [abgerufen am 25.2.2020].
- 6 Vgl. Hubertus Knabe, Linke in Thüringen: Vorsicht!, 02.11.2019, in: Die Tagespost online, <https://www.die-tagespost.de/politik/aktuell/Linke-in-Thueringen-Vorsicht;art315,202618> [abgerufen am 25.2.2020].
- 7 Vgl. Programm der Partei DIE LINKE, Beschluss vom 23.10.2011, S. 12.
- 8 Gesine Lötzsch, Wege zum Kommunismus, 03.01.2011, in: jungewelt.de, <https://www.jungewelt.de/artikel/156764.wege-zum-kommunismus.html> [abgerufen am 26.2.2020].
- 9 Vgl. Zum 100. Jahrestag der Russischen Oktoberrevolution. Erklärung der Historischen Kommission beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE vom 11.07.2017.
- 10 Online abrufbar unter: <https://twitter.com/linkeessen/status/1252970834005721090> [abgerufen am 24.4.2020].
- 11 Vgl. exemplarisch Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hg.), Verfassungsschutzbericht 2018, Berlin 2019, S. 159.
- 12 Vgl. exemplarisch ebd., S. 161.
- 13 BDS steht für „Boycott, Divestment and Sanctions“. Siehe hierzu Remko Leemhuis, Die antisemitische Boykott-Kampagne gegen Israel. Inhalte, Ziele, Gegenstrategien (herausgegeben vom American Jewish Committee Berlin Office), Berlin 2018.
- 14 Siehe hierzu Michael Leh, Linksextreme Tendenzen in der Partei „Die Linke“ werden vielerorts ignoriert. Ein Blick in die Verfassungsschutzberichte, in: Die Tagespost vom 03.01.2020.
- 15 Vgl. BMI (Hg.), Verfassungsschutzbericht 2018, S. 162 und S. 165f.
- 16 Zitat nach: Markus Wehner, „Staatsknete und Informationen abgreifen“, 06.03.2020, in: FAZ online, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/debatte-um-linke-aussagen-staatsknete-und-informationen-abgreifen-16667639.html> [abgerufen am 17.4.2020].
- 17 Vgl. hierzu BMI (Hg.), Verfassungsschutzbericht 2018, S. 153; Mona Jaeger, Zweifelhafte Verbindungen, 28.10.2017, in: FAZ online, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/linksextremistische-organisation-rote-hilfe-findet-immer-mehr-unterstuetzung-15260420.html> [abgerufen am 28.2.2020].
- 18 Vgl. BMI (Hg.), Verfassungsschutzbericht 2018, S. 122 und S. 142.
- 19 Vgl. hierzu u. a. Frank Döring, Autonome fahnden nach Polizisten – mit Hilfe von Abgeordnetenbüros der Linken, 24.01.2018, in: Leipziger Volkszeitung online, <https://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Autonome-fahnden-nach-Polizisten-mit-Hilfe-von-Abgeordnetenbuero-der-Linken> [abgerufen am 9.3.2020]; Sächsisches Staatsministerium des Innern und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hg.), Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2017, Dresden 2018, S. 231.
- 20 Zum verwendeten Populismusbegriff siehe Jan-Werner Müller, Was ist Populismus? Ein Essay, Bonn 2016.
- 21 Vgl. Programm der Partei DIE LINKE, Beschluss vom 23.10.2011, S. 14-26.
- 22 Vgl. Viola Neu, Von Gysi geeint – von Lafontaine geschweißt. Die programmatische Entwicklung der Partei Die Linke/PDS von 1990 bis 2011, Sankt Augustin/Berlin 2011, S. 35f.
- 23 Vgl. Programm der PDS, Beschluss vom 26.10.2003, S. 11.
- 24 Siehe hierzu u. a. Jürgen P. Lang, Abschied vom Osten? Die Linke nach der Bundestagswahl 2017, Sankt Augustin u.a. 2018.

Impressum

Der Autor

Der Autor ist Mitglied im KAS-Arbeitskreis „Terrorismus und Innere Sicherheit“ sowie Promotionsstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Nael Franziska Semaan

Terrorismusbekämpfung

Hauptabteilung Analyse und Beratung

T: +49 30 / 26 996-3879

nael.semaan@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020, Berlin

Gestaltung: yellow too Pasiek Horntrich GbR

Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Druck: copy print Kopie & Druck GmbH, Berlin

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-662-5



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

Bildvermerk Titelseite

© dpa